

Geld wirkt. Immer.

Kostenlose Seminare für nachhaltiges Investment

Venga, der Verein zur Förderung ethisch-nachhaltiger Geldanlagen e. V., bietet Seminare zum Thema nachhaltige Geldanlage an. „Unsere Angebote sind grundsätzlich kostenfrei, außer ihrer Zeit müssen Interessierte nichts investieren“, sagt Geschäftsführer Martin Nieswandt. In seiner Satzung hat sich der Verein unter anderem der Förderung der ethisch-nachhaltigen Finanzbildung in Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Verbraucherschutzes und der Verbraucherberatung durch Seminare, Diskussionen und Vorträge verschrieben. Coronabedingt sind die Veranstaltungen, die sonst in Büchereien, Kirchen oder Volkshochschulen stattfanden, ins Internet verlegt worden. „Wir sind überzeugt davon, dass Menschen auch mit kleinen oder mittleren Geldanlagen einen wichtigen Hebel in der Hand haben, um die eigenen ethischen Ziele mit der Geldanlage zu verfolgen.“ Venga richtet sein Angebot auf Menschen aus, „die kein Volkswirtschaftsstudium in der Tasche haben und sich oft noch nicht mit nachhaltigen Geldanlagen auseinandergesetzt haben“, betont der Geschäftsführer und Mitbegründer des Vereins. Viele Menschen, die „im Supermarkt sehr gewissenhaft darauf achten, nachhaltige Produkte zu kaufen“, seien überrascht, in welche Produkte ihre „traditionelle Geldanlage“ fließe. Bis zum Jahresende tragen die Veranstaltungen den Titel „Frei und stark – wie legen Frauen nachhaltig Geld an“ oder gehen der Frage nach, welche nachhaltigen Rezepte es gegen die Inflation gibt. Das Vereinsmotto ist zugleich Programm: Geld wirkt. Immer.

Volker Engels

www.venga-ev.org/events/

Fast 900 Energiegenossenschaften in Deutschland haben zusammen bereits 3,2 Milliarden Euro in die Energiewende investiert
Illustration: Jens Magnusson/Ikon Images/mauritiu images



Mehr grüne Energie wagen

Bürgerenergie wird zunehmend ausgebremst – nachdem 2011 noch 167 Energiegenossenschaften in Deutschland gegründet wurden, waren es 2020 nur noch 13

Von **Bernward Janzing**

Die „Demokratisierung“ ist ins Stocken geraten. Im vergangenen Jahrzehnt war die Energiewende immer auch ein Projekt des Strukturwandels in der Stromwirtschaft, nicht nur eines, das die Technik der Stromerzeugung veränderte. Energie in Bürgerhand war das Schlagwort, das speziell durch Genossenschaften umgesetzt wurde; denn durch sie konnte auch in Photovoltaik investiert werden, wer kein eigenes Dach verfügbar hatte.

Mit diesem Gedanken der „Demokratisierung der Stromwirtschaft“ wurden allein im Spitzenjahr 2011 in Deutschland 167 Energiegenossenschaften gegründet. Zwischenzeitlich allerdings ließ die Dynamik nach, im Jahr 2020 kamen nur noch 13 hinzu. Die Bürgerprojekte wur-

den nämlich komplizierter; vor allem der Bau von Photovoltaik-Gemeinschaftsanlagen auf öffentlichen Gebäuden, der einst für Genossenschaften ein attraktives Modell war, ist heute durch die Bürokratie komplex geworden.

Der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband erfasst die Energiegenossenschaften in Deutschland genau. Die fast 900 Unternehmen haben zusammen bereits 3,2 Milliarden Euro in die Energiewende investiert und sich dabei oft mehrere Standbeine geschaffen: 80 Prozent der Bürgerunternehmen haben Geld in die Stromerzeugung aus Photovoltaik investiert, 30 Prozent in Strom aus Windkraft. Ferner betreiben 19 Prozent der Bürgerunternehmen ein lokales Wärmenetz, 36 Prozent liefern Strom und 11 Prozent betreiben

Speicher, 15 Prozent haben zudem in Energieeffizienz investiert.

Der große Vorteil der Genossenschaften sind die für Anleger niedrigen Einstiegshürden. Das gilt vor allem auch aus finanzieller Sicht: An 24 Prozent der Genossenschaften kann man sich schon mit 100 Euro beteiligen, mit 500 Euro ist man bei den meisten dabei. Viele Bürger steigen aber höher ein; im Durchschnitt legt jedes Genossenschaftsmitglied gut 5.000 Euro an.

Allerdings gestaltet sich nicht nur die Gründung neuer Genossenschaften zäh, auch die bestehenden Bürgerfirmen sind zögerlich mit weiteren Projekten. Nachdem im Jahr 2018 noch 72 Prozent der Energiegenossenschaften den Bau neuer Photovoltaikanlagen planten, sind es aktuell nur noch 38 Prozent.

Die Bürgerwerke, eine Dachorganisation von inzwischen fast 100 Energiegenossenschaften, beklagt die „regulatorischen Hürden“. „Komplizierte Regelungen bei der Stromvermarktung, wie zum Beispiel beim Mieterstrom oder bei Regionalstrom, behindern den Ausbau“, sagt Christopher Holzem von den Bürgerwerken. Als Regionalstrom gilt solcher, der in der Nähe der Erzeugung – zum Beispiel im selben Ort – an Kunden verkauft, also nicht auf bundesweiten Märkten gehandelt wird.

Zugleich, sagt Holzem, sei es bislang immer noch „bei zu wenigen Gebäudeeigentümern angekommen, dass Solarenergie sich für sie lohnt“. Viele Hauseigentümer scheuten den Aufwand, wollten aber auch keine Bürgerenergiegenossenschaft mit Modulen auf ihr Dach las-

sen: „Das ist einfach schade.“ Nötig sei ein Bewusstseinswandel: „Solarenergie auf dem Dach muss das Normalste der Welt werden.“ Jedes Dach ohne Solaranlage sei „eine vertane Chance – für die Umwelt und für den Geldbeutel“.

Zwar liegt der Schwerpunkt der meisten Genossenschaften weiterhin bei der Solarenergie. Aber die Beteiligung an Windparks sowie stärkeres Engagement rund um die E-Mobilität – speziell Ladesäulen und Carsharing mit Elektroautos – gewinnen in den letzten zwei Jahren an Bedeutung, heißt es bei den Bürgerwerken.

Schwer umzusetzen sind für lokale Bürgerunternehmen große Solarprojekte und Windparks, die sich in Ausschreibungen um die Vergütungen bemühen müssen. In diesem Punkt spielt die Firma Prokon eine Sonderrolle, die sich als „Deutschlands größte Energiegenossenschaft“ bezeichnen kann. Sie kann aufgrund ihrer Größe und langjährigen Erfahrungen im Windprojektgeschäft auch als Genossenschaft bei den Ausschreibungen mit dabei sein. Sie ist bundesweit tätig, also auch nicht – wie die meisten Energiegenossenschaften – regional verankert.

Das Unternehmen war 1995 als Kapitalgesellschaft gegründet worden, rutschte aber 2014 wegen Managementfehlern in die Insolvenz. Im Jahr 2015 ging Prokon in einer neu gegründeten Genossenschaft auf; ein Übernahmeangebot der EnBW schlugen die Gläubiger aus. Von den 75.000 Anlegern, die einst 1,4 Milliarden Euro investiert hatten, ging ein Teil den Weg mit in die Genossenschaft. Heute hat diese nach eigenen Angaben gut 39.000 Mitglieder.

Eines eint unterdessen die große Prokon und die zahlreichen örtlichen Genossenschaften: „Bürgerenergie ist schwieriger und komplexer geworden“, sagt ein Prokon-Sprecher. Und das ist auch aus Gründen der Akzeptanz der Energiewende nicht gerade dienlich – denn immer wieder zeigt sich, dass Ökostromanlagen vor Ort deutlich mehr Freunde finden, wenn die Bürger der Region sich unkompliziert an diesen beteiligen können.



 **Bank für Sozialwirtschaft**

GemeinwohlInvest – Die Vermögensverwaltung der Sozialwirtschaft

Sind Sie auf der Suche nach Finanz-Lösungen für gemeinnützige Organisationen? Dann nutzen Sie GemeinwohlInvest – Die Vermögensverwaltung der Sozialwirtschaft. Unser Lösungsansatz basiert auf der Entwicklung von transparenten, gemeinnützigkeitsrechtlichen und nachhaltigen Investmentkriterien.

Lassen Sie uns sprechen.

Gemeinsam finden wir die bestmögliche Lösung.

Tel. 0221 97356-0 | info@sozialbank.de | www.sozialbank.de



Die Bank für Wesentliches

Genosse grünes Öl

ETF, Aktie, Haus, Anleihe – oder doch lieber das (kleine) Vermögen in Öl, genauer gesagt in Olivenöl anlegen? Ja, Letzteres ist tatsächlich eine Option

Von **Dierk Jensen**

Von Anfang an war es kein gewöhnliches Handelsunternehmen. Als Conrad Bölicke Ende der Neunzigerjahre im ländlichen Wilstedt, östlich von Bremen, die arteFakt Handelsagentur für Erzeuger-Verbraucher-Ideen gründete, da ging es ihm zuerst einmal um den Direktimport von hochwertigem Olivenöl aus Südeuropa. Dem studierten Werkstoffwissenschaftler schwebte immer eine enge Bindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern vor. Darüber hinaus war es dem Gründer, der vorher in Berlin bei der legendären Teekampagne als Geschäftsführer aktiv war, immer wichtig, die hohen Qualitätsansprüche an das Produkt zugleich mit einer nachhaltigen und innovationsfreundigen Produktionsweise zu verbinden.

Rückblickend kann man als Beobachter behaupten, dass Bölicke mit seinem konsequent ans Gemeinwohl ausgerichteten ökonomischen Ansatz, trotz mancher Wirrungen und Irrungen, in den letzten beiden Jahrzehnten mit der arteFakt Handelsagentur für Erzeuger-Verbraucher-Ideen GmbH ziemlich großen Erfolg verbuchen konnte. Mittlerweile arbeiten in dem Unternehmen mehr als 25 Menschen und man importiert inzwischen aus Italien,

Griechenland, Kroatien und Spanien viele Tausende Liter Olivenöl. Darüber hinaus wird ein breites Sortiment an mediterranen Spezialitäten wie Balsam-Essige und Peperoncini, aber auch Apfelsinen und Weine angeboten. Bestellbar ist alles per Internet – entweder wird die Ware versandt oder der Kunde holt sich seine Bestellung direkt in Wilstedt im Hofladen ab. So ist es Bölicke und seinen Mitstreitern – und damit sind zuallererst die Olivenölerzeuger zu nennen – gelungen, sich einen Namen und einen Markt im lukrativen wie bekanntlich auch hoch manipulativen europäischen Olivenölmarkt zu erarbeiten. Viele Gourmetgazetten haben in der Vergangenheit schon über ihn, sein Entrepreneurship, seine Olivenöle geschrieben, haben ihn manchmal kritisiert, aber oft in hohen Tönen gelobt.

Seit Mitte 2021 ist nun aus der früheren arteFakt GmbH eine Genossenschaft, nämlich die arteFakt eG, geworden. Das Interesse an einer Beteiligung war sehr groß. Innerhalb kurzer Zeit zeichneten über 850 Genossen eine, mehrere oder auch viele Anteile in Höhe von 250 Euro. Die Rendite soll bei 2 Prozent jährlich liegen. Bei einem Anteil à 250 Euro wären es also exakt 5 Euro – das ist nicht viel, aber immerhin. Überdies gibt

es einen 5-prozentigen Rabatt auf alle entweder im Hofladen oder auf Märkten und Sonderveranstaltungen angebotenen arteFakt-Produkte. „Den Gedanke, unser Unternehmen in eine Genossenschaft umzuwandeln, habe ich schon seit Längerem gehegt“, erklärt Conrad Bölicke, der sich seinem 70. Geburtstag nähert, aber als Vorstand weiterhin voll engagiert ist. „Ich wollte ein Unternehmenskonstrukt, bei dem sich alle Beteiligten und Mitglieder an der Weiterentwicklung von arteFakt miteinbringen können.“

Dabei werden die Herausforderungen zur Produktion von guten Olivenölen in Zeiten von Klimawandel und weiterhin erodierenden Strukturen in vielen ländlichen Räumen Südeuropas in Zukunft eher wachsen als abnehmen. So gibt es auch auf Kreta, in Istrien, in Apulien, Kalabrien oder in Katalonien viele Landstriche, in denen junge Leute zuhauf die Segel streichen und in die Städte ziehen. Am Ende fehlt dann auch der Nachwuchs für die Pflege und Ernte der Olivenhaine. „Das ist auch bei uns ein großes Problem“, unterstreicht stellvertretend für die vielen Olivenölproduzenten Aleksandra Vekić. Sie bewirtschaftet größere Olivenfelder unmittelbar an der istrischen Adriaküste und betreibt eine eigene Ölmühle im kleinen



Diese Ölfässer versprechen eine 2-prozentige Rendite
Foto: Dierk Jensen

Küstenort Savudrija. Kurdische Saisonarbeiter beschneiden im Frühjahr die Olivenbäume, zur Ernte schließen Afghanen, Albaner und andere Saisonarbeiter aus dem südlichen Balkan die Arbeitslücken. Kroatische Mitarbeiter gibt es kaum: Es scheint offenbar interessanter, ja, wohl auch lukrativer zu sein, in der Tourismusbranche zu jobben oder beim internationalen Tennisturnier im benachbarten Umag Espresso zu kochen, als Beikraut und Gräser in Olivenhainen zu mähen.

Ende der Neunzigerjahre erwarb Aleksandras Vater Mate, der als Kroat in den fünfziger Jahren, während der jugoslawischen Ära nach Italien ausgewandert und dort in der norditalienischen Textilindustrie Karriere machte, in Savudrija unbewirtschaftetes Land. Mate pflanzte darauf Tausende neue Bäume. Seine Tochter erntet nun mit diesem jungen Baumbestand und mit ökologischer Anbau-

weise ein Olivenöl, das international für Furore sorgt und seit Kurzem ins anspruchsvolle Sortiment von arteFakt mit aufgenommen wurde. Die Qualität von Vekić Öl, das über einen kräftigen, grünen Geschmackskörper verfügt und einen Hauch Salzigkeit in sich trägt, ist weiterhin bekannt und geschätzt – Schweizer, Österreicher und Italiener reißen es ihr aus der Hand. arteFakt wollte für seine Kunden eine größere Menge der diesjährigen Ernte sichern; aber die deutschen Importeure erhielten galant einen Korb, weil eine eher bescheidene Erntemenge des Jahres 2021 gar keine weiteren Kontingente erlaubt. Denn Istrien, wie auch andere Teile Kroatiens litten in diesem Sommer unter extrem heißem Wetter, vielerorts herrschte Wasserknappheit. „Hätten unsere Haine keine Bewässerungssysteme, dann hätten wir wahrscheinlich kaum etwas ernten können“, erklärt Vekić.

Mit extremen Witterungskapriolen müssen sich aber nicht nur die Oliviers in Istrien, sondern auch in den anderen mediterranen Anbauregionen schon seit Jahren herumplagen. Am Ende ist in vielen Regionen, besonders in diesem Herbst, die Erntemenge geschrumpft, die oftmals nur durch höhere Verkaufspreise ausgeglichen werden können. Und an dieser Stelle sieht sich Conrad Bölicke und die Genossenschaft arteFakt in der Verantwortung. „Gerade in diesen schwierigen Zeiten streben wir eine enge Verbraucher-Erzeuger-Verbindung an, die gegen disruptive ökonomische Prozesse gefeit ist“, versichert Bölicke. Und wer Mitglied von arteFakt ist oder noch wird, der erntet gleich dreimal: mit einer 2-prozentigen Rendite, mit hochwertigem Olivenöl und mit der Existenzsicherung von Erzeugerbetrieben. Mehr grüne Rendite geht doch eigentlich gar nicht.

Spenden sparen Steuern

Auch wenn das nicht das Kernmotiv beim Spenden ist, bleibt ein Aspekt zu beachten: Auch wer „durchschnittlich“ verdient, spart damit Einkommensteuer

„Der Rückhalt unserer Förderer und ihre Spenden sind enorm wichtig für unsere Arbeit“, unterstreicht Greenpeace-Presse Sprecher Michael Hopf unumwunden. Das Geld der Spender ist das starke Fundament für die vielfältigen Aktionen der Umweltorganisation. So spendete im Jahr 2020 rund 630.000 FördererInnen rund 80 Millionen Euro an die Umweltorganisation. Der weitaus größte Anteil (rund 51 Millionen Euro) rührt dabei aus kleinen Beträgen, die unter 100 Euro lagen. Kleinvieh macht eben auch Mist, wie ja schon die Großeltern predigten. Und diese kleinen Summen bewirken beim Empfänger manchmal trotzdem wirkliches Großes: Ob das Geld nun bei der Berliner Tafel ankommt, die monatlich 660 Tonnen Lebensmittel vor der Biotonne rettet, sammelt und schließlich an soziale Organisationen verteilt, oder ob es beispielsweise bei „Help Don't Hate – Wir spenden für Geflüchtete!“ landet, die mit ihrer Kampagne Organisationen unterstützt, die sich für Geflüchtete einsetzen.

Wer tiefer in die Tasche greifen möchte oder wer tatsächlich über 50.000 Euro und noch mehr auf seinen Giro- oder Tagesgeldkonten verfügt, der kann seine Spendenwilligkeit auch in andere Richtungen lenken. Wer eine hohe emotionale Affinität zu Elefanten, Schimpansen oder gar Walen hat, der kann sich unter anderem auch beim WWF Deutschland engagieren. „Geld kann man nicht essen, lautet verkürzt ein altes indianisches Sprichwort und zielt damit auf die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ab. Geld kann aber auch nachhaltig wirken,

wenn man damit aktiv die Natur schützt, anstatt es zum Beispiel in Form von Negativzinsen den Banken zu schenken“, steht auf der Website der Naturschutzorganisation geschrieben. Und weiter ist dort zu lesen: „Dann profitieren von Ihrem Vermögen im besten Fall auch noch nachkommende Generationen, der Schutz der Artenvielfalt wird gesichert und der Klimawandel gebremst. Und wenn sich Geldscheine in Setzlinge in einem neu angepflanzten Wald verwandeln, bekommt der Begriff vom ‚grünen Wachstum‘ eine ganz neue Bedeutung.“

Klingt gut, fast zu gut. Aber was soll's, wenn es am Ende wirklich den indochinesischen Tiger rettet und überdies etwas Balsam fürs grüne Gewissen ist? Aber unabhängig von diesen, nur sehr schwer zu definierenden Effekten, die die Spenden am Ende haben, lässt sich pragmatisch doch sagen: Wenn Sparsamkeit von der Finanzwelt beziehungsweise von den Banken angesichts seit geraumer Zeit schon historisch niedriger Zinssätze und bei zugleich steigenden Inflationszahlen tatsächlich bestraft wird, dann

Maximum und Minimum

Maximal **20 Prozent** aller Einkünfte können bei der Steuererklärung als Sonderausgaben abgezogen werden. Fiel die Spendensumme höher aus, ist ein Spendenvortrag in das nächste Jahr möglich. Auch nach unten hat der Fiskus eine Grenze gesetzt: Die Sonderausgaben müssen pro Person **36 Euro pro Jahr** übersteigen.

scheint es doch allemal sinnvoller zu sein, die Meere zu schützen, als die Bankenwelt zu „retten“. Überdies lässt sich jede (mit Datum quittierte) Spende an gemeinnützige Unternehmungen von der Einkommensteuer absetzen, allerdings nur maximal 20 Prozent des im jeweiligen Jahr erzielten Einkommens.

Dass dieser Aspekt für viele Spendenwillige allein monetär betrachtet nicht zu vernachlässigen ist, wird auch daran deutlich, dass der WWF auf seiner Website – wie praktisch – gleich einen Steuerspar-Rechner platziert hat. Mit dem lässt sich spielend leicht rechnen. Ein Beispiel: Nehmen wir an, dass eine fiktive Spenderin 30.000 Euro Einkommen im Jahr 2020 erzielt und dass sie 500 Euro für den Schutz der Wildtiere in aller Welt spendet und zudem kein Mitglied einer Konfession ist, also keine Kirchensteuer zu entrichten hat: Dann spart diese Spenderin exakt 160,36 Euro an Einkommenssteuer. Die Grundlage dieser Berechnung ist ganz einfach, da die Spendensumme als private Sonderausgabe in vollem Umfang abzugsfähig ist und entsprechend der jeweiligen Einkommenshöhe respektive Steuersatz die Besteuerung reduziert. Insofern lässt sich konstatieren, dass der Staat mit dieser Option die Spendenbereitschaft seiner Bürger indirekt fördert. Ganz im Sinne: Gutes tun und ein bisschen belohnen. Ganz unabhängig vom Finanzamt kämen bei dieser Fiktivspenderin noch weitere 5 Euro Ersparnis hinzu, falls sie nämlich auf ihrem Girokonto für ihre 500 Euro einen Negativzins von einem Prozent zu bezahlen hätte. *Dierk Jensen*

LEO. Selbst gemacht.

WINDSTROM. Selbst gemacht.

Mitglied werden, Windstrom machen, Klima schützen.
Jetzt mitmachen bei Prokon, Deutschlands größter Energiegenossenschaft.

Machen Sie sich als Mitglied von Prokon stark für den Klimaschutz. Gemeinsam legen wir das Fundament für eine nachhaltige und sichere Versorgung unseres Landes mit regenerativem Windstrom.

Für uns alle und natürlich für die nächste Generation.

www.prokon.net/mitglied-werden

Von der EU zur Floskel degradiert

Längst haben sich Trittbrettfahrer des wohlklingenden Wortes ermächtigt: Nun will die EU sogar die Atomkraft als „nachhaltig“ deklarieren. Wer grün investieren will, muss genau hinschauen

Von **Bernward Janzing**

Wie oft steht irgendwo „nachhaltig“ drauf – auf Geldanlagen, auf Imagebroschüren von Firmen, auf unterschiedlichsten Produkten. Das Problem: Jeder hat seine eigene Definition von „nachhaltig“.

In der Ursprungsfassung war der Begriff noch klar umrissen. Er kommt aus der Forstwirtschaft und besagt, dass nicht mehr Holz gefällt wird, als jeweils nachwächst. Auf andere Wirtschaftsaktivitäten ausgedehnt bedeutet diese strenge Lehre: Man darf keine Rohstoffe unwiederbringlich verbrauchen – etwa keine fossilen Energien verbrennen. Man darf keinen Müll hinterlassen, der sich nicht wieder in natürliche Kreisläufe integrieren oder ohne Qualitätsverlust recyceln und damit weiterhin nutzen lässt. Nur eine perfekte Kreislaufwirtschaft ist im strengen Sinne nachhaltig.

Doch längst wurde der Nachhaltigkeitsbegriff zur Floskel degradiert. Das zeigen deutlicher denn je die Pläne der EU-Kommission, die mit der sogenannten Taxonomie-Verordnung aktuell eine Art Biosiegel für den Kapitalmarkt entwickelt; eine

weltweit einmalige „grüne Liste“ für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Wer in Zukunft in der EU ein Anlageprodukt als ökologisch vorteilhaft bewerben möchte, muss die darin definierten Regeln einhalten.

Allerdings soll plötzlich auch die Atomkraft dieses Siegel der Nachhaltigkeit führen können. Das mag nun unbedeutend klingen, aber es wäre naiv, die Wirkung der EU-Verordnung 2020/852 „über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen“ als gering einzuschätzen. Gerade für den Umbau der Energiewirtschaft dürfte die Bedeutung des Regelwerks enorm sein. Denn wer künftig den Maßgaben der Taxonomie-Verordnung nicht gerecht wird, könnte es schwer haben, Anleger oder Kreditgeber für sein Projekt zu finden. Auch könnten ihm höhere Kreditzinsen drohen.

Investoren bis hin zu großen Fonds dürften eine entsprechende Zertifizierung künftig zur Grundlage ihrer Anlageentscheidungen machen – und sei es nur, weil sie glauben, ihre Produkte dann wiederum ihren Kunden besser verkaufen zu können.

Doch nun soll offenbar die Atomkraft auch auf die Liste kommen, was den Begriff der Nachhaltigkeit weiter schädigen dürfte. Lange hatte es so ausgesehen, als sei die Atomtechnik in der Taxonomie außen vor, doch plötzlich drehte sich der politische Wind. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen habe angekündigt, noch im November einen delegierten Rechtsakt für das EU-Nachhaltigkeitslabel vorzulegen, der auch Atomkraft und Gas beinhaltet, sagte Ende Oktober der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold. Zuvor hatte sich von der Leyen stets dagegen ausgesprochen.

„Anstatt Investitionen in wirklich nachhaltige Techniken zu lenken, würde das Regelwerk für nachhaltige Finanzen genau das Gegenteil bewirken und riskante Atomkraftwerke und klimaschädliche Gaskraftwerke fördern“, sagt auch Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt e.V.“. Es sei „ein Skandal, dass Bundeskanzlerin Merkel und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen das politische Vakuum beim Übergang von der alten zur neuen Regierung nutzen



Anfangs war Nachhaltigkeit durch die Forstwirtschaft definiert Foto: P. Schneider-Schmelzer/imagio images

wollen, um Fakten zu schaffen, die die Energiewende auf europäischer Ebene massiv zurückwerfen.“ Die „Hochrisikotechnik Atomkraft“ verletze eindeutig den Do-No-Harm-Ansatz („Richte keinen Schaden an“), den die Taxonomie-Verordnung sich zum Maßstab machen will.

Unterdessen erkennt auch ein Rechtsgutachten der Sozietät Redeker Sellner Dahs im Auftrag des österreichischen Klimaschutzministeriums Indizien, dass schon allein der Uranabbau und die Uranvermahlung die gesteckten Umweltziele verletzen. Hinzu komme, dass das „empirisch nachgewiesene Risiko schwerere Unfälle in Kernkraft-

Ökonomisch motiviert

Den Begriff der „nachhaltenden Nutzung“ erwähnt erstmals **Hans Carl von Carlowitz** (1645–1714). Der Oberberghauptmann des Erzgebirges schrieb mit der Sylvicultura oeconomica oder Haußwirthliche Nachricht und **Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht** (1713) das erste geschlossene Werk über die Forstwirtschaft. Ein wichtiger Aspekt darin: In einem Wald soll nur so viel Holz entnommen werden, wie auf natürlichem Wege nachwächst.

werken und unter Berücksichtigung der schwerwiegenden Folgen solcher Unfälle für die menschliche Gesundheit und die Umwelt“ dazu führe, dass die Atomkraft kaum mit den Nachhaltigkeitskriterien konform gehen könne. Ebenso liege nahe, dass das Thema Atommüll gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit verstoße, denn „beobachtbare Beispiele von Endlagern gibt es nicht“.

Das alles heißt für den privaten Anleger vor allem eines: Wer grüne Geldanlagen sucht, wird – der EU-Kommission sei Dank – in Zukunft noch genauer hinschauen müssen, was er für sein Geld wirklich bekommt.

„Der Begriff Nachhaltigkeit ist nicht geschützt“

Wer sein Geld nach Kriterien der Nachhaltigkeit anlegen will, steht vor einer doppelten Herausforderung: erstens der Frage nach Sicherheit und Rendite, außerdem dem Aspekt, was die Geldanlage im Sinne der Nachhaltigkeit bewirkt. Tipps für Anleger von Anke Behn von der Verbraucherzentrale Bremen

taz: Frau Behn, an welchen Kriterien können Menschen sich orientieren, wenn sie Geld nach Kriterien der Nachhaltigkeit anlegen möchten?

Anke Behn: Man beginnt erst einmal wie bei jeder Geldanlage. Man muss für sich definieren, was man selbst will – welche Sicherheit, welchen Anlagezeitraum, welche Renditeerwartungen, kurz: welche Art von Produkt. Wenn man das geklärt hat, kann man sich zu der betreffenden Anlageform ein passendes Produkt suchen, das sich an Nachhaltigkeitskriterien orientiert. Im Prinzip gibt es inzwischen ja jedes Produkt auch in nachhaltiger Variante. Doch wie nachhaltig ein Produkt tatsächlich ist, lässt sich nicht leicht erkennen, denn es gibt dafür keine einheitliche Definition. Der Begriff ist nicht geschützt und es gibt auch noch keine Mindeststandards. Jeder Anbieter kann etwas anderes damit meinen.

Aber wie stellt man dann sicher, dass das angelegte Geld wirklich im eigenen Sinne verwendet wird?

Auch in diesem Punkt sollte jeder seine Ziele definieren. Man kann Produkte wählen, die nur gewisse Branchen wie die Atom- und Rüstungsindustrie oder bestimmte Verhaltensweisen wie Kinderarbeit grundsätzlich ausschließen. Oder man achtet darauf, dass die Produkte weitere Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Auch kann man Wert auf eine eindeutig messbare Wirkung legen, zum Beispiel indem man in ein neues

Projekt zur Nutzung erneuerbarer Energien einsteigt.

Wenn ich jetzt kein Interesse an Angeboten des Aktienmarktes habe, kann mir die Verbraucherzentrale auch dann helfen? Wenn ich zum Beispiel in eine Genossenschaft vor Ort investieren möchte?

Wer solche Optionen prüft, kennt oft die Akteure und de-

Man kann sich zu jeder Anlageform ein passendes nachhaltiges Produkt suchen

ren Projekte, deswegen sind wir als Verbraucherzentrale zu diesem Thema weniger gefragt. Aber so viel kann ich sagen: Bei Energiegenossenschaften steht in der Regel nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Förderung der regionalen und dezentralen Energiegewinnung im Vordergrund. Daher sind sie im Vergleich zu anderen Direktinvestments meist sicherer. Interessierte sollten sich dennoch der Risiken einer solchen Geldanlage bewusst sein und insbesondere bei unverhältnismäßig hohen Ertragsversprechen skeptisch werden.

Bei Genossenschaften vor Ort kennt man oft die dahinterstehende Motivation, das schafft Vertrauen. Kann man denn auch bei Anlagen an den internationalen Kapitalmärkten den Anbieter als Indiz da-

für sehen, ob die Nachhaltigkeit ernst gemeint ist? Etwas, wenn die Produkte von entsprechenden Bankhäusern kommen?

Geldanlage hat immer mit Vertrauen zu tun. Wer etwa einen Fonds erwirbt, der von einer Bank stammt, die sich grundsätzlich als nachhaltig denkendes Finanzhaus profiliert hat, kann von dieser Bank natürlich auch strengere Kriterien erwarten. Aber auch das ist wiederum eine Frage der persönlichen Einschätzung: Akzeptiere ich zum Beispiel einen Erneuerbare-Energien-Fonds von einem Geldinstitut, das gleichzeitig auch Geschäfte mit der Kohle macht? Oder vertraue ich nur jemandem, der eine klare Linie in Sachen Nachhaltigkeit fährt? Dazu geben wir als Verbraucherzentrale keine Bewertung ab, das muss wiederum jeder Anleger selbst abwägen.

Interview: Bernward Janzing



Foto: Verbraucherzentrale

Anke Behn ist Referentin für Finanzdienstleistungen bei der Verbraucherzentrale Bremen. Weitere Informationen zu nachhaltigen Geldanlagen stellt die Verbraucherzentrale Bremen auf der Webseite „Geld bewegt“ zur Verfügung: www.geld-bewegt.de

Keine Waffen. Kein Greenwashing. Keine Kompromisse.

Investiere da, wo dein Geld Gutes bewirkt. Mit dem Impact Portfolio Manager von Europas führender Nachhaltigkeitsbank behältst du Rendite und Wirkung stets im Blick.

triodos.de/impact-portfolio



Johanna – selbstständige Redakteurin für nachhaltige Kommunikation und Kundin der Triodos Bank

Triodos Bank
Denn Geld kann so viel mehr

Der Schwarm als Finanzier

Selbst mit kleinen Beträgen können viele Beteiligte viel auf die Beine stellen: mit sozialem, ökologischem oder finanziellem Ertrag

Von **Ansgar Warner**

Crowdfunding heißt Schwarmfinanzierung, klar. Doch was finanziert der Schwarm? Seitdem sich das Modell mithilfe von Social Media und elektronischen Bezahlmethoden auch in Deutschland etabliert hat, bilden sich unterschiedliche Bereiche heraus. Am erfolgreichsten ist derzeit das Crowdinvesting, die renditeorientierte Beteiligung an Unternehmen. Die Rendite kann auch finanziell und ökologisch zugleich sein. Denn hier landet eine Menge „grünes Geld“, das in Projekte wie Null-Energiehäuser, Windkraftanlagen oder Solardächer gesteckt wird. Die Projektmacher erhöhen mit den Mitteln der Crowd ihre Eigenkapitalquote, ohne sich abhängig von Banken oder großen Investoren zu machen.

Gut angekommen ist auch das Pre-Order-Modell, bei dem Produkte mithilfe der Crowd vorfinanziert werden. Hier finden sich nicht selten umweltorientierte Gadgets, etwa innovative Elektro-Bikes. Beim Crowdfunding-basierten Spendensammeln dagegen steht nicht die Coolness eines Produkts oder der Zinsgewinn im Fokus, sondern die soziale Rendite. Auch bei dieser modernen Form des Fundraisings, sprich: Spendensammelns, hat sich die „Plattform-Ökonomie“ durchgesetzt. Große Spendenplattformen bündeln die Aufmerksamkeit und lenken die Schwarmgelder in die gewünschte Richtung.

Wie die Crowd helfen kann, zeigt ein aktuelles Beispiel: Im Kriegsgebiet Jemen herrscht Hunger, die Zahl der Binnenvertriebenen ist hoch. Zu ihnen gehört die 37-jährige Bäuerin Wafa, die jetzt mit ihrem Mann und drei Kindern unter ärmlichsten Bedingungen lebt. Unterstützung erhält sie von der Hilfsorganisation Care Deutschland, die beispielsweise mit Hausgärten-Programmen hilft.

Den bedürftigen Familien werden landwirtschaftliche Werkzeuge und Saatgut zur Verfügung gestellt. Für die Fortsetzung dieser Hilfe ist Geld notwendig. Hier kommt die Crowd ins Spiel: Gesammelt wird aktuell für die Hausgärten auf der Spendenplattform Betterplace.org, mehr als 4.000 Spende-

r:innen haben bereits Geld gegeben. Gezahlt werden kann direkt per PayPal oder Paydirekt, ebenso traditionell mit Lastschrift oder Überweisung. Wer möchte, überweist statt einer einmaligen Spende auch regelmäßig monatlich oder jährlich seine Beiträge. Eine Spendenbescheinigung zwecks Steuerminde- rung gibt es auch.

Eine Übersicht zeigt, was die einzelnen Crowdfunder beisteuern. Manche geben 2 oder 5 Euro, andere 30, 50 oder 100 Euro. Meist bleiben die Spender:innen anonym, manche sind mit Vornamen und abgekürztem Nachnamen sichtbar, nach dem Motto: Tue Gutes und rede darüber.

Viele prominente Organisationen suchen auf diese Weise nach Unterstützung: SeaWatch.org etwa setzt für die Rettungsmis- sion im Mittelmeer auf das Funding der Crowd, um Wertarbeiten und Treibstoff für die Sea Watch 3 zu bezahlen und die me- dizinische Ausrüstung zur Erst-

Plattformen lenken Schwarmgelder in die gewünschte Richtung

versorgung der Geretteten an Bord zu sichern.

Jeder Bedarfsbereich ist auf der Spendenplattform in kleinere Pakete aufgeteilt, die maximal 10.000 Euro betragen und über einen „Spendenbal- ken“ anzeigen, wie viel bereits zusammengekommen ist. Das motiviert zum Mitmachen, wobei eine alte Crowdfunding- Weisheit besagt: Wenn das Pro- jekt zur Halbzeit mindestens zur Hälfte finanziert ist, wird es wahrscheinlich am Ende er- folgreich sein.

Neben Hilfeinsätzen und Projekten in aller Welt gibt es auch sehr viele Möglichkeiten, in Deutschland selbst Gutes zu tun. Etwa für ein Berliner Tierheim, das Leipziger Kinderhospiz Bärenherz oder einen Jungheinen- Rettungsverein in Wolfsburg, der verletzte Tiere aus einem Boden- haltungs-Großbetrieb veterinär- medizinisch versorgt.

Nicht zuletzt hat auch die Hochwasserkatastrophe des

Sommers 2021 ihre Spuren auf Betterplace.org hinterlassen. Mit beeindruckenden Zahlen in Sachen Crowdsolidarität: Allein die Aktion „Deutschland hilft“ hat für die Flutopfer in Rhein- land-Pfalz und Nordrhein-West- falen in nur wenigen Monaten auf der Plattform mehr als 1 Mil- lion Euro von mehr als 15.000 Spender:innen gesammelt.

Zu den besonderen Verspre- chen der Plattform gehören Transparenz und Sicherheit – so werden etwa die Projektfort- schritte in den jeweiligen Pro- filen dokumentiert, teilneh- mern können nur Projektträger, die selbst auch als gemeinnüt- zig anerkannt sind. Insofern ist das Ausfallrisiko nicht ganz so dramatisch wie bei renditeori- entiertem Crowdinvesting, wo formal immer mit einem Total- verlust gerechnet werden muss. Spenden wird man wohl ohne- hin nur Geld, auf das man ver- zichten kann.

Schwund gibt es aber trotz- dem. Denn wie bei anderen Crowdfunding-Formen kos- tet auch hier der Service etwas. 2,5 Prozent der Einnahmen ge- hen für die Betriebskosten der Plattform drauf, allein schon für die Transaktionsgebühren. Da- für wiederum sparen sich die spendensammelnden Organi- sationen wiederum einen Teil ihrer Akquisekosten, da sie auf den Bekanntheitsgrad von Bet- terplace.org setzen können. Al- lein im Jahr 2020 kamen mehr als 38 Millionen Euro zusam- men, wobei jeder Crowd-Spen- der im Durchschnitt 72 Euro gab.

Das renditeorientierte Crowd- investment-Volumen lag im selben Jahr in Deutschland bei 328 Millionen Euro, das meiste davon wurde in Immobilien ge- steckt. Ökologisch oder sozial orientierte Plattformen wie Kli- maschwarm, ecozins oder GLS Crowd konnten sich im „har- ten“ Investmentsektor nur ei- nen kleinen Teil des Kuchens sichern. Im direkten Vergleich liegt die Crowd-Spendenplat- form Betterplace rein nach Zah- len dagegen auf Augenhöhe mit dem Crowdinvestment-Markt- führer Exporo. Aber das ist eher ein Kraut- und Rüben-Vergleich, denn das meiste Geld spenden oder investieren die Deutschen immer noch jenseits der Crowd.

Flexibel bleiben

Die Rolle von Biogas bei der Energiewende ist begrenzt, rechnet sich aber

Bei der Energiewende stehen Sonne und Wind im Fokus. Doch der Input aus diesen beiden erneuerbaren Quellen schwankt je nach Wetterlage erheblich und lässt sich bislang nur bedingt speichern. Damit sich künftig keine Lücke zwischen Ange- bot und Nachfrage auftut, be- darf es anderer Quellen. Eine flexible Energiebereitstellung gewinnt mit dem Kohleaus- stieg an Bedeutung. Hier spielt Biogas eine relevante Rolle. Es kann mithilfe von Bakterien unter Ausschluss von Sauer- stoff aus Biomasse gewonnen werden. Aus diesem Rohbiogas lassen sich direkt vor Ort in ei- nem Blockheizkraftwerk Strom und Wärme gewinnen – oder es wird auf Erdgasqualität aufbe-

reitet und ins Netz eingespeit. Über das Erneuerbare-Energien- Gesetz (EEG) werden Biomasse- anlagen staatlich gefördert. Da- mit diese als Ausgleichselement im Strommarkt flexibel genug sind, wird die volle Förderung erst gewährt, wenn die An- lagen für eine Leistung von mehr als dem Doppelten des Jahres- durchschnitts ausgelegt sind. Mit dem EEG 2021 wurde diese Anforderung um 5 Prozent- punkte erhöht. Zusätzlich wird dann zum Ausgleich der Kos- ten für das größere Blockhei- zkraftwerk ein sogenannter Fle- xibilitätszuschlag in Höhe von 65 Euro pro Kilowatt installier- ter Leistung und Jahr gewährt.

Derzeit wird diskutiert, ob Kohlekraftwerke mit Biomasse

emissionsarm weiterbetrie- ben werden sollen. Als Vor- bilder dienen hier Länder wie Großbritannien und Däne- mark, in denen mehrere ehe- malige Kohlekraftwerke be- reits auf die Verbrennung von Biomasse umgerüstet wurden. Ein Team des Deutschen Bio- masseforschungszentrums (DBFZ) zeigt sich mit Blick dar- auf jedoch skeptisch. In ihrem Positionspapier „Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Bio- masse“ schrieb das Team die- sen Sommer, „dass die ener- getische Nutzung von Biomasse vergleichsweise kostenintensiv und potenziell begrenzt ist sowie nur unter Wahrung strik- ter Nachhaltigkeitskriterien er- folgen sollte.“ **Lars Klaußen**



ProCredit Holding AG & Co. KGaA
Rohmerplatz 33-37, 60486 Frankfurt am Main, Deutschland
Tel. +49 (0)69 95 14 37 0, PCH.info@procredit-group.com
www.procredit-holding.com



Solarpark finanziert von ProCredit Bank Bulgarien

Handeln statt reden – Wie wir Nachhaltigkeit leben

ProCredit versteht sich als Impact-orientierte Bankengruppe für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und ist schwerpunktmäßig in Südost- und Osteuropa vertreten. In diesen Schwellenländern wird unser Bankgeschäft von nachhaltigen Prinzipien geleitet. Damit leisten wir nicht nur einen nachweislich positiven Beitrag für diese aufstrebenden Volkswirtschaften, sondern erzielen auch eine solide Rendite und das in jedem Jahr seit der Gründung vor über 20 Jahren.

Bankgeschäft mit unmittelbarem Impact

92 % der Kredite der Gruppe dienen der Finanzierung von KMU – den wichtigen Stützpfeilern der Volkswirtschaften hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung. Kredite an Privatpersonen bestehen vor allem aus Finanzierungen von Eigenheimen. Die wichtigsten Kriterien für die Auswahl unserer Geschäftskunden sind: ein langfristig nachhaltiges Geschäftsmodell, sinnvolle Investmentpläne und eine positive ESG-Bewertung. ProCredit hat sich den UN SDGs verpflichtet, sowie den UNEP FI und PCAF-Standards. Alle ProCredit Banken setzen auch deutsche und europäische aufsichtsrechtliche Vorgaben um und werden über die ProCredit Holding als Gruppe von der deutschen Finanzaufsicht (BaFin und Deutsche Bundesbank) überwacht.

Verantwortung für die Umwelt

Grüne Kredite, zu denen auch Finanzierungen erneuerbarer Energien gehören, stellen mit ca. 1,1 Mrd. EUR einen Anteil von 19 % am Gesamtportfolio dar. Das grüne Portfolio der Gruppe war in den letzten Jahren mit einem Wachstum von 26 % pro Jahr besonders

dynamisch. Die Kreditvergabe im sonstigen Portfolio ist durch strikte Ausschlusskriterien geprägt, zu denen unter anderem auch fossile Brennstoffe und Kernenergie gehören. Interne Maßnahmen für einen grüneren Planeten beinhalten bei ProCredit eine umfangreiche Plastikstrategie, energieeffiziente Zertifizierungen unserer Gebäude (EDGE), signifikante Investitionen in PV-Anlagen sowie elektrische Fuhrparks und die Installation von öffentlich zugänglichen Ladestationen.

Umfassende Personalentwicklung

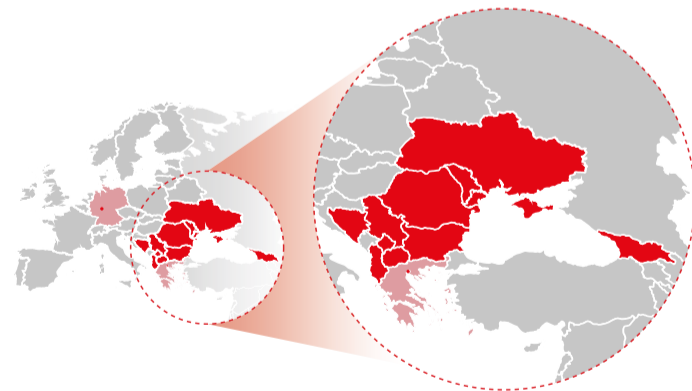
In den Führungspositionen der ProCredit Banken herrscht hohe Diversität und paritätische Geschlechterverteilung. Gruppenweit besteht ein einheitlicher Ansatz bei der Einstellung und Entwicklung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, neben kontinuierlicher wertebasierter Weiterbildung in der kernereigenen Akademie. Die Vergütung basiert auf fairen und transparenten Gehältern abhängig vom Ausbildungsgrad. Variable Komponenten spielen keine Rolle.

Nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg

Kundenbeziehungen sind an Langfristigkeit orientiert und ProCredit wächst beständig und organisch um ca. 10 % pro Jahr. Die Mehrzahl der Kredite sind längerfristige Investmentdarlehen. Der Anteil notleidender Kredite liegt signifikant unter dem Durchschnitt der Bankensektoren, in denen ProCredit tätig ist. Durch ihr auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Geschäftsmodell war die Gruppe in jedem Jahr seit ihrer Gründung profitabel, auch in den Jahren der letzten Finanzkrise 2008 und im Corona-Jahr 2020.

ProCredit auf einen Blick:

Schwerpunkt der ProCredit Banken ist Südost- und Osteuropa



Kennzahlen zum 30. September 2021

Kundenkreditportfolio 5,8 Mrd. EUR	Anteil KMU Kredite 92 %	Anteil grüner Kredite 19 %
Rating (Fitch) BBB	Harte Kernkapitalquote 13,8 %	Langfristige EK Rendite* ca. 9 %

* Entspricht der durchschnittlichen Eigenkapitalrendite der Gruppe seit ihrer Gründung; zum 30. September 2021 liegt die annualisierte Eigenkapitalrendite bei 10,1%.

Mehr Informationen zur börsennotierten ProCredit Holding AG & Co. KGaA, der Muttergesellschaft der ProCredit Gruppe mit Sitz in Frankfurt am Main (QR Code links) und zum Impact der Gruppe (QR Code rechts):



<https://www.procredit-holding.com/de/investor-relations/>



https://www.procredit-holding.com/de/wp-content/uploads/sites/2/2021/03/ProCredit_Impact_Report_2020_L.pdf

Von **Lars Klaußen**

Die unscheinbaren Ampeln neben den Wohnungstüren zeigen im 15-Minuten-Rhythmus an, in welcher Preisklasse die Bewohner sich gerade bewegen. Auf rund zehn Zentimetern im Quadrat blinkt es Grün, Gelb oder Rot. Lohnt es sich, jetzt die Waschmaschine zu starten? Rot signalisiert, dass der Stromverbrauch gerade ins Geld geht. Grün bedeutet, dass Energie momentan günstig oder fast umsonst ist. Solche Ampeln samt Energiemanagementsystem (EMS) dahinter finden sich unter anderem in Mannheim. Dort entsteht gerade auf dem ehemaligen Areal einer US-Kaserne der neue Stadtteil „Franklin“: 1,4 Millionen Quadratmeter, eine Fläche, so groß wie die Mannheimer Innenstadt. Rund 9.000 Menschen sollen hier künftig in unterschiedlichen Wohnhaustypen leben. Alter Kasernenbestand wird komplett umgebaut, saniert und erweitert, hinzu kommen Neubauten. Die Karlsruher Evohaus GmbH errichtet im neuen Quartier rund 340 Wohnungen, überwiegend neu gebaut. Rund 240 davon sind bereits bezogen.

„Die Energie-Ampeln sind Standard in jeder Wohnung unserer CO₂-freien Siedlungen“, sagt Evohaus-Geschäftsführer Heinz Hanen. „Unsere Wohnquartiere werden ausschließlich mit regenerativen Energien versorgt, sie erzeugen ihren Strom weitgehend selbst.“ Ein intelligentes EMS steuert die Stromversorgung einschließlich der Heizung und Warmwasseraufbereitung. Kann gerade zum Beispiel Solarenergie von den Hausdächern kostenlos bezogen werden, steht die Ampel in der Wohnung auf Grün. Input, der nicht gleich komplett im Quartier genutzt wird, lässt sich in Batterien zwischenspeichern. „Da jeder Stadtteil auch über eigene Elektromobile verfügt“, so Hanen, „werden diese ebenfalls damit versorgt und dienen so als virtuelle Kraftwerke.“ All dies reduziere den CO₂-Ausstoß gegen null und senke zudem die Energiekosten der Bewohner.

Solch ein EMS funktioniert allerdings nur, wenn ausreichend Daten zur Steuerung vorhanden sind: Je mehr von ihnen erhoben werden, desto effizienter lassen Energieerzeugung und -verbrauch sich aufeinander abstimmen. Diese Daten braucht es auch, um für jeden Haushalt die Energiekosten rechtmäßig und für alle nachvollziehbar abzurechnen. Der Haken dabei: Aus den mittels EMS gewonnenen Daten lassen sich auch Anwesenheitszeiten und Nutzungsgewohnheiten eruie-



„Nachhaltige Mierendorff-Insel“: Ein Berliner Quartier wird zum Modellprojekt Foto: Schoening/imagio images

Sammeln und Rauschen

Nutzerdaten in großem Umfang können Gebäude energieeffizienter machen, also umweltfreundlicher und rentabler. Das wirft aber auch Fragen zum Datenschutz auf

ren. Wann läuft zum Beispiel der Computer, wann das TV-Gerät, wann die Waschmaschine, wann wird gekocht, wann steht jemand auf, wie oft geht jemand nachts auf die Toilette? Die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verlangt, dass betroffene Personen immer ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung geben müssen. Auch Bewohner, bei denen ein EMS eingesetzt wird, müssen der Verwendung ihrer persönlichen Daten vorab zustimmen. Die DSGVO fordert zudem, dass Daten anonymisiert und nur für den festgelegten Zweck bei Einhaltung des Grundsatzes der Datenminimierung verwendet werden dürfen.

Zum Schutz persönlicher Daten werden im EMS zusätzliche Sicherungen implementiert. Christine Tex und Martin Schäler, die am Institut für Programmstrukturen und Datenorganisation des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) forschen, haben in dem vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekt ES-

QUIRE (Energiespeicherdienste für smarte Quartiere) entsprechende Techniken untersucht. Der Anteil privater Informationen in den Daten soll sich automatisiert noch weiter senken lassen. Differential Privacy nennen sie das eingesetzte Verfahren beim KIT, es verhindert das Zurückrechnen von Einzelwerten. Bei dieser Methode werden die Daten nicht nur anonymisiert, sondern vor der statistischen Auswertung tatsächlich verändert.

Dieser sogenannte differenzielle Datenschutz ist ein komplexes mathematisches Modell, mit dem Organisationen aggregierte Daten über Benutzergewohnheiten beispielsweise zwischen Quartieren austauschen und gleichzeitig die Privatsphäre einer Person schützen können. Wissenschaftler nennen dieses Veränderungsverfahren auch „Rauschen“. Je mehr Rauschen, umso höher ist der Datenschutz. „Es waren einige Anpassungen der mathematischen Modelle notwendig, um das generelle Verfahren sinnvoll in einem EMS einsetzen zu können“, sagt KIT-Experte Schäler, „doch das Prinzip der Differential Privacy bietet mit Abstand auch hier den besten Schutz der persönlichen Daten.“

„Um rechtlichen Problemen aus dem Weg zu gehen, muss man schon in der Planungsphase den Datenschutz mitberücksichtigen“, betont Steffen Szeidl, Sprecher des Vorstands beim Planungs- und Beratungsunternehmen Drees & Sommer. Das Unternehmen hat unter anderem den Bauherren CA Immo bei der Digitalisierung des „Cube Berlin“ neben dem dortigen Hauptbahnhof begleitet. Das smarte Bürogebäude steuert nicht nur sein Raumklima via digitaler Technik. Alle Systeme werden durch künstliche Intelligenz (KI), dem sogenannten Brain, vernetzt. Sensoren sollen den kompletten Betrieb des Gebäudes optimieren. Nutzer können den Cube Berlin über eine App „bedienen“. Dazu gehören

neben der Steuerung des Raumklimas unter anderem auch die Zugangskontrollen, aber auch alle Services, wie eine Paketstation oder optionale Komponenten wie Raumbuchungen. Bei solchen Bauvorhaben wird grundsätzlich zwischen personenbezogenen und nicht personenbezogenen Daten unterschieden. Personenbezogene Daten lassen Rückschlüsse auf individuelle Verhaltensmuster

Bisher haben wenige Städte Gebäudedaten für Planungen genutzt

zu, sie sind, wie auch in Mannheim, durch die DSGVO besonders geschützt. Anders verhält es sich mit den nicht personenbezogenen Daten, wozu etwa Informationen über den Energieverbrauch, technische Daten oder auch Raumbelegungspläne zählen. „Von Beginn an muss daher überlegt werden, wie sich ein direkter Personenbezug möglichst vermeiden lässt“, so Szeidl. „Wenn das nicht geht – beispielsweise bei der Zutrittskontrolle –, ist die Pseudonymisierung ein probates Mittel,

Haus, Energie und Geld

Das ökologische wie finanzielle Potenzial ist enorm: Etwa **35 Prozent des Endenergieverbrauchs** entfallen in Deutschland auf **Gebäude**. Insgesamt wenden die Deutschen für Raumwärme, Warmwasser, Beleuchtung und Kühlung in Wohn- und Nichtwohngebäuden rund **73 Milliarden Euro** auf. Der größte Anteil des Energieverbrauchs in Gebäuden entfällt auf Wohnhäuser: In Ein- und Zweifamilienhäusern werden 39 Prozent der gesamten Energie genutzt, Mehrfamilienhäuser schlagen mit 24 Prozent zu Buche. Die restlichen 37 Prozent am Gebäudeener-

um die Persönlichkeitsrechte zu schützen.“ Darüber hinaus sei es notwendig, eine:n Datenschutzbeauftragte:n zu benennen und in den Planungsprozess zu integrieren, die oder der nicht zuletzt sicherstelle, dass ein Bauprojekt nach Fertigstellung DSGVO-konform sei.

Schwieriger wird es im gigantischen Gebäudebestand, die nötigen Daten zu erfassen, um dort Energie effizienter nutzen zu können. „Aktuelle Zahlen zu Sanierungsquoten oder Wärmeverbräuchen, nach Energiequellen und Gebäudenutzung sowie Bundesländern ausgewertet, gibt es nicht“, sagt Anne-Caroline Erbstößer, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Technologiestiftung Berlin. „Bisher haben wenige Städte Gebäudedaten für strategische Planungen genutzt.“ Eine Voraussetzung dafür sei die digitale Aufbereitung und Verfügbarkeit von Daten. Die technischen Möglichkeiten sind gegeben. In den Bereichen Haustechnik und Gebäudeautomation drängen neue Anbieter mit offenen Plattformen zum Datenaustausch auf den Markt, wie Erbstößer in ihrer Studie „Das intelligente Quartier“ eruiert hat: Standardisierung und Schnittstellenmanagement, Smart beziehungs-

weise Connected Home in der Verbindung mit einem digitalen Abbild der Realität ermöglichen demzufolge neue Nutzungsarten von Gebäudedaten. Im nächsten Schritt müssen die Daten mithilfe digitaler Werkzeuge in Anwendungen eingebettet werden. „Was erst am Anfang steht“, so Erbstößer, „ist die Verknüpfung von Stadtplanung mit digitalen Werkzeugen unter Nutzung von urbanen Daten.“

Diesen Schritt geht nun die Initiative „Nachhaltige Mierendorff-Insel“, die mit vielen Akteuren ein Modell nachhaltiger Stadtteilentwicklung auf die Beine stellen will. In diesem Quartier des Berliner Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf leben rund 15.000 Menschen. Es hat eine großstädtische Struktur mit Wohnen, Gewerbe, Dienstleistung und öffentlichen Institutionen, durchsetzt von Grünanlagen und Kleingärten.

„Eine gute Mischung für Experimente nachhaltiger Entwicklung in verschiedenen Lebensbereichen“, so die Initiatoren. Seit Oktober 2020 können die Insulanerinnen und Insulaner über www.energie-daten-mierendorffinsel.de ein Energiesparkonto nutzen: ein Werkzeug, das den eigenen Energieverbrauch transparent aufschlüsselt, sowie Tipps und Wissen zum Energiesparen vermittelt. „In anonymisierter Form unter Erfüllung aller Anforderungen des Datenschutzes werten wir die individuellen Wärmeverbrauchsdaten aus“, sagt Jörg Zander, Mitarbeiter des Umwelt- und Naturschutzamtes vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf.

„So bekommen wir ein erstes Bild vom energetischen Istzustand des Quartiers.“ Das Energiesparkonto gebe der Bezirksverwaltung auch ein Instrument an die Hand, mit dem sie kontrollieren könne, ob die von Hauseigentümern bei Gebäudemodernisierungen im Milieuschutzgebiet prognostizierten Einsparungen beim Heizwärmeverbrauch auch tatsächlich erreicht worden seien.

Langfristiges Ziel ist ein umfassendes Wärmekataster für das gesamte Quartier. Die Kunst besteht darin, an Daten zu kommen. Das Energiesparkonto, also der anonyme und freiwillige Input von Mietern, ist ein Baustein. Wohnungsbaugesellschaften sind auch mit im Boot, ebenso eine Reihe privater Eigentümer, vor allem Genossenschaften. „Die verbleibenden Lücken müssen wir mithilfe von Partnern aus der Wissenschaft generisch schließen“, erläutert Zander. Dabei wird hochgerechnet: Erfahrungswerte durch Häuser verschiedener Baualter und Bauformen liegen aus den vorhandenen Quellen bereits vor. Fehlen in einem Häuserblock mit zehn Gebäuden die Werte von dreien, werden diese mit der passenden Typologie sowie den sieben Nachbarhäusern abgeglichen. Aus all diesen Quellen summiert sich schließlich ein umfassendes Wärmekataster. „Darauf basierend können wir energetische Quartierskonzepte erstellen“, so Zander, „die Mittel und Wege für energetische Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden und Heizungsanlagen aufzeigen.“ Der Senat unterstützt das Vorhaben mit Fördermitteln. Zusätzlich 4.500 Euro hat die cozonline gGmbH, Betreiberin des Energiesparkontos, aus den Rechtsgutachten zum Datenschutz aufbringen müssen.

Um relevante Daten für die Energiewende in Gebäuden zu bekommen, ist also nicht zwingend KI vonnöten. Mit Know-how wird man auch in ohnehin vorhandenen Quellen fündig.



Mein Geld.

- ✓ nachhaltig
- ✓ sinnvoll
- ✓ konkret
- ✓ vor Ort



www.oekogeno.de

Investieren in soziale und ökologische Projekte.